

*Pascal Cormont*

## **Rolle und Perspektive der Regionalplanung in Klimaanpassungsprozessen – dargestellt am Beispiel der KLIMZUG-Fördermaßnahme *dynaklim***

URN: urn:nbn:de:0156-3854089



CC-Lizenz: BY-NC-ND 3.0 Deutschland

S. 91 bis 105

Aus:

Patrick Küpper, Meike Levin-Keitel, Friederike Maus, Peter Müller, Sara Reimann, Martin Sondermann, Katja Stock, Timm Wiegand (Hrsg.)

## **Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten**

15. Junges Forum der ARL  
6. bis 8. Juni 2012 in Hannover

Arbeitsberichte der ARL 8

Hannover 2014

Pascal Cormont

# Rolle und Perspektive der Regionalplanung in Klimaanpassungsprozessen – dargestellt am Beispiel der KLIMZUG-Fördermaßnahme *dynaklim*

## Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Das Projekt *dynaklim*
- 3 Die Umsetzung von Klimaanpassung in der Emscher-Lippe-Region
- 4 Potenziale und Grenzen der Regionalplanung in der Klimaanpassung
- 5 Die Gestaltung regionaler (Klima-)Governance in der Emscher-Lippe-Region
- 6 Fazit und Ausblick

Literatur

## Kurzfassung

Der Anpassung an den Klimawandel wird aktuell große Bedeutung beigemessen, wobei insbesondere der regionalen Ebene eine entscheidende Rolle zukommt. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungs- und Netzwerkprojekt *dynaklim* entwickelt in der Emscher-Lippe-Region (Ruhrgebiet) Strategien, um die Auswirkungen des Klimawandels auf Gewässer und Wasserinfrastruktur und die damit verbundenen Folgewirkungen zu bewältigen. *Dynaklim* zeigt dabei einen Weg auf, regionale Handlungsfähigkeit herzustellen, doch weist der informelle Netzwerkprozess auch strukturelle Defizite auf. Die Regionalplanung könnte zu deren Überwindung beitragen und durch Nutzung spezifischer Potenziale die Klimaanpassung ebenso positiv befördern wie auch die (bessere) Wahrnehmung möglicher Chancen regionaler Entwicklung. Für die *dynaklim*-Projektregion wird eine Vision entwickelt, wie unter Führung des Regionalverbandes Ruhr als Träger der Regionalplanung regionale (Klima-)Governance unter Einbindung der *dynaklim*-Projektstrukturen gestaltet werden könnte.

## Schlüsselwörter

Klimaanpassung – Regionalplanung – Regional Governance – Emscher-Lippe-Region – Ruhrgebiet – *dynaklim*

## The Role and Perspectives of Regional Planning in Climate Change Adaptation Processes – the Example of the KLIMZUG Funding Measure *dynaklim*

### Abstract

Great attention is devoted to climate change adaptation today and the regional level can play a particularly important role in this context. For the Emscher-Lippe Region (Ruhr area), the research and network project *dynaklim* (funded by the Federal Ministry for Education and Research) develops strategies for coping with the impacts of climate change on waters and water infrastructures and related knock-on effects. While *dynaklim* shows a path towards promoting regional capacity to act, the informal network process also displays structural weaknesses. It is argued that regional planning could make a useful contribution to overcome these shortcomings. By means of utilizing specific potentials, it could have a positive impact on climate change adaptation measures and make better use of the opportunities for regional development. For the *dynaklim* research region, this project formulates a vision for organising regional (climate-) governance with the involvement of *dynaklim* project structures and under the leadership (i.e. regional planning project management) of the regional association Ruhr.

### Keywords

Climate change adaptation – regional planning – regional governance – Emscher-Lippe Region – Ruhr Area – *dynaklim*

## 1 Einleitung

Die Anpassung an die unausweichlichen Folgen des Klimawandels stellt große technische, gesellschaftliche, planerische und organisatorische Herausforderungen dar. Mit zahlreichen Forschungsprogrammen und Projekten wird derzeit versucht, diesen zu begegnen. Ein starker Fokus wird dabei auf die räumliche Ebene der Region gelegt, da hier ein großes Bewältigungspotenzial für die anstehenden Aufgaben gesehen wird. Allerdings stehen diesem zgedachten Bedeutungsgewinn kaum adäquate politische oder organisatorische Strukturen gegenüber, sodass zunächst – primär informelle – Netzwerke geschaffen und Kapazitäten aufgebaut werden, die eine Vielzahl unterschiedlicher öffentlicher und privater Akteure und Interessengruppen umfassen (sollen).

Im Folgenden wird am Beispiel des Netzwerk- und Forschungsprojektes *dynaklim* beschrieben, wie Klimaanpassung in der Emscher-Lippe-Region und im Ruhrgebiet organisiert wird und sich institutionalisieren kann. Dabei kristallisieren sich einige Aspekte heraus, die für ein starkes Engagement der räumlichen Planung – speziell der Regionalplanung – sprechen. Nach Erörterung möglicher durch Klimaanpassungsprozesse ausgelöster Implikationen für die zukünftige Entwicklung und Aufgaben der Planung soll schließlich ein Ausblick gewagt werden, wie regionale (Klima-)Governance in der Emscher-Lippe-Region und dem Ruhrgebiet gestaltet werden und welche Rolle dabei der Regionalplanung zukommen könnte.

## 2 Das Projekt *dynaklim*

Seit Juli 2009 wird das Forschungs- und Netzwerkprojekt „Dynamische Anpassung regionaler Planungs- und Entwicklungsprozesse an die Auswirkungen des Klimawandels in der Emscher-Lippe-Region (Ruhrgebiet)“ (*dynaklim*) im Rahmen des Forschungsprogramms „KLIMZUG – Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als eines von insgesamt sieben Projektverbänden gefördert. Ziel von KLIMZUG ist es, die Anpassungskompetenz an den Klimawandel in Deutschland zu steigern. Hierzu sollen auf regionaler Ebene Netzwerke zur Bündelung und zum Austausch unterschiedlicher Wissensbestände aller relevanten Akteure gebildet werden, um modellhaft für andere Regionen zeitgerechte und praxistaugliche Lösungen zu entwickeln. Explizit vorgesehen ist, dass die geschaffenen Strukturen für einen vorausschauenden Umgang mit dem Klimawandel auch nach Auslaufen der Förderung dauerhaft bestehen bleiben und bedarfsorientierte und innovative Anpassungsschritte von den regionalen Akteuren eigenständig fortgeführt werden (IW Köln 2011: 4)<sup>1</sup>.

Im Mittelpunkt des *dynaklim*-Vorhabens stehen die prognostizierten Auswirkungen des erwarteten Klimawandels auf den Wasserhaushalt sowie die damit verbundenen Folgewirkungen für Bevölkerung, Wirtschaft, Infrastruktur, Natur und Umwelt in der Region Emscher-Lippe bzw. im Ruhrgebiet. Übergeordnetes Projektziel ist, die regionalen Akteure zu befähigen, mögliche Chancen und Risiken des Klimawandels zu antizipieren, um sich darauf vorausschauend und pro-aktiv einstellen zu können (*dynaklim* 2008: 1).

### ***Projektregion und institutionelle Rahmenbedingungen***

Bedingt durch die Fokussierung auf die Ressource Wasser definiert sich die *dynaklim*-Projektregion vorrangig nach natürlichen Gegebenheiten, nämlich den Einzugsgebieten der Oberflächengewässer Emscher und Lippe. Den Ausgangspunkt bildet das Verbandsgebiet von Emschergenossenschaft und Lippeverband, zwei sondergesetzlich gebildeten Wasserverbänden, die in ihrem Zuständigkeitsbereich für Abwasserreinigung, Sicherung des Abflusses, Bewirtschaftung von Grund- und Regenwasser, Hochwasserschutz und Unterhaltung der Gewässer verantwortlich zeichnen.<sup>2</sup> Das *dynaklim*-Vorhaben folgt insofern einem problemorientierten Ansatz statt sich vorrangig an bestehende politisch-administrative Grenzen anzulehnen. Im Norden und Osten umfasst die sogenannte Emscher-Lippe-Region mit dem südlichen Münsterland und der Soester Börde eher ländlich strukturierte Gegenden, im Süden und Westen hingegen den zum Teil hochverdichteten (alt-)industriellen Kern des Ruhrgebiets. Aufgrund der Vielzahl bestehender politischer, ökonomischer, sozialer und administrativer sowie weiterer wasserwirtschaftlicher Verflechtungen werden die Grenzen der Projektregion von Beginn an jedoch als fließend betrachtet, um themenbezogen oder anlassbedingt regionale Zusammenarbeit – da wo es geboten oder nötig erscheint – auch über die engeren funktionalen oder administrativen Grenzen hinaus zu ermöglichen bzw. nicht zu beeinträchtigen.<sup>3</sup>

Das Herstellen regionaler Handlungsfähigkeit stellt im Kontext von *dynaklim* dahingehend eine deutliche Herausforderung dar, als die polyzentral geprägte Emscher-Lippe-

<sup>1</sup> Weitere Informationen finden sich unter <http://www.klimzug.de>.

<sup>2</sup> Weitere Informationen finden sich unter <http://www.eglv.de/wasserportal/ueber-uns> sowie im „Gesetz über die Emschergenossenschaft“ (EmscherGG) und im „Gesetz über den Lippeverband“ (LippeVG).

<sup>3</sup> So schließt beispielsweise der Arbeitsbereich Wirtschaft auch das südliche Ruhrgebiet in seine Betrachtungen mit ein.

Region bzw. das Ruhrgebiet Teil unterschiedlicher Gebietskulissen mit einem jeweils unterschiedlichen räumlichen Bezugsrahmen ist. Neben diversen politisch-administrativen Grenzen verschiedener hierarchischer Ebenen (Regierungsbezirke, Kreise, (kreisfreie) Städte und Gemeinden), der Zugehörigkeit zu den historischen Landschaftsräumen Rheinland, Westfalen und Münsterland sowie Abgrenzungen im (privat-)wirtschaftlichen Bereich<sup>4</sup> existieren zahlreiche informelle Arrangements zwischen regionalen Akteuren und Institutionen (Mielke/Münter 2010: 32 ff.).<sup>5</sup> Sie durchschneiden oder tangieren die Region und bestimmen die Kooperationsmöglichkeiten und Zusammenarbeit im Zusammenspiel mit einer im Ruhrgebiet aus der Montanzzeit nachwirkenden besonderen Konsenskultur<sup>6</sup>, kleinräumig orientierten sozialen Strukturen und einer starken Binnenorientierung (Bogumil/Heinze/Lehner et al. 2012: 14 ff.).

Von besonderer Relevanz für die Region ist dabei der Regionalverband Ruhr (RVR), ein Zusammenschluss von vier Kreisen und elf kreisfreien Städten, der im Rahmen seiner Pflicht- und freiwilligen Aufgaben zentrale Leistungen für die Region im kulturellen, wirtschaftlichen, Umwelt- und planerischen Bereich übernimmt.<sup>7</sup> Seit 2009 ist der RVR zudem Träger der Regionalplanung für das gesamte Ruhrgebiet, welche zuvor bei den drei Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Münster angesiedelt war.<sup>8</sup>

### **Arbeitsweise und Governance-Konstellation**

Den Projektzielen „Veränderten Wasserhaushalt flexibel nutzen und Anpassungsfähigkeit der Wasserinfrastruktur verbessern“ (W), „Modelle zur Finanzierung und Organisation des Anpassungsprozesses entwickeln und erproben“ (F), „Regionale Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit stärken“ (I) und „Planerisches, politisches und Verwaltungshandeln auf eine verbesserte Anpassungsfähigkeit ausrichten“ (P) entsprechend bilden sogenannte thematische Plattformen die zentralen Arbeitseinheiten in *dynaklim* (vgl. Abb. 1). Hier treten regionale Akteure der (Planungs- und Umwelt-)Verwaltung, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Politik sowie der Dienstleistungserbringer der Wasserwirtschaft themenspezifisch<sup>9</sup> zusammen, können für bestimmte Probleme sensibilisiert werden, sich austauschen und potenzielle Maßnahmen sowie weitere Schritte ins Auge fassen. Dabei können die Plattformen inhaltlich, räumlich oder in Bezug auf den Teilnehmerkreis oder die Sitzungsfrequenz unterschiedlich weit bzw. eng konzipiert werden. So werden beispielsweise eher allgemeine Fragestellungen von regionsweiter Bedeutung in der Plattform „Wasser“ diskutiert, die spezifische Grundwasserproblematik in trockenen Sommern im Bereich der mittleren Lippe aber in einem ihr untergliederten

---

<sup>4</sup> So gibt es z. B. mehrere Wirtschaftskammerbezirke oder den sogenannten Initiativkreis Ruhr als Zusammenschluss von 60 Wirtschaftsunternehmen mit dem Ziel, zum Strukturwandel beizutragen und die Region zu entwickeln.

<sup>5</sup> Alleine im Bereich der Gewässerbewirtschaftung existieren mehrfach Kooperationen im Rahmen der Erstellung von Masterplänen (z. B. Masterplan Emscher Landschaftspark und Neues Emschertal) oder zur Inwertsetzung des regionalen Wassernetzes (z. B. Initiative Fluss Stadt Land oder das im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres 2010 entstandene Kunstprojekt „Über Wasser Gehen“).

<sup>6</sup> Die Konsenskultur basierte auf einem gemeinsamen Problemverständnis und einer großen Verteilungsmasse, welche ausreichend Kooperationsanreize schufen. Dieses Prinzip scheiterte jedoch, als sich infolge des Strukturwandels keine einheitlichen Lösungen für das Ruhrgebiet mehr finden ließen. Vielmehr traten die einzelnen Kommunen bei der Suche nach neuen Wachstumsbereichen und Technologien in gegenseitige Konkurrenz, die (bis heute) eine sinnvolle funktionale Differenzierung innerhalb der Region beeinträchtigt (Bogumil/Heinze/Lehner et al. 2012: 17 ff.).

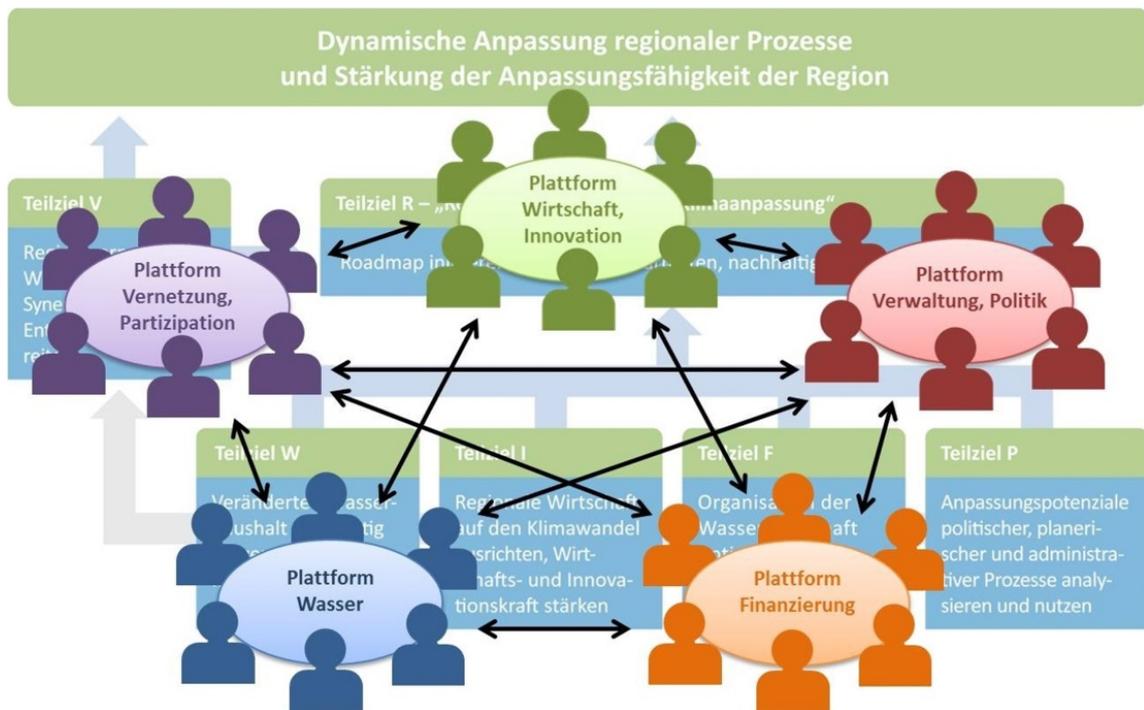
<sup>7</sup> So u. a. die Raumbewirtschaftung oder Sicherung von Grün-, Wasser-, Wald- und sonstigen Freiflächen (§ 4 RVRG), Gesetz über den Regionalverband Ruhr.

<sup>8</sup> § 6 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr.

<sup>9</sup> So lautete der Titel für die Plattformsitzung des Arbeitsbereichs Planung, Politik und Verwaltung in der Ökologiestation des Kreises Unna am 23.05.2012 „Wassersensible Region – die Rolle von Politik, Verwaltung und gesellschaftlichen Akteuren bei der Klimafolgenanpassung“.

eigenen Arbeitskreis mit den nur hierfür relevanten und interessierten Akteuren. Die Zusammenkünfte können an wechselnden Orten stattfinden und erfolgen (inzwischen) meist auf Einladung einer an der Plattform beteiligten Institution (z. B. Stadtverwaltung oder Unternehmen). Auf diese Weise können bestimmte Themen sach- und problembezogen an den jeweiligen räumlichen Kontext angepasst und anlassbedingt und ortsnah behandelt werden, und zwar unabhängig von formalen Hierarchien oder administrativen Gebietsabgrenzungen.

Abb. 1: Die *dynaklim*-Ziel- und Arbeitsstruktur



Quelle: *dynaklim* 2012

Eine enge Abstimmung der Plattformen untereinander bzw. die Rückkopplung mit den übergeordneten Projektzielen gewährleisten im Sinne des Projektzieles „Vernetzung der Region, Wissensmanagement und Wissenstransfer initiieren, organisieren und institutionalisieren“ (V) neben einer eigenen Plattform, die sich Partizipationsfragen widmet, Vernetzungsworkshops, in denen Ergebnisse ausgetauscht, Synergien identifiziert und die gesamtstrategische Ausrichtung diskutiert werden. Zudem besteht die Möglichkeit, dass mehrere thematische Plattformen „zusammengelegt“ werden und Teilnehmer der einen sich auch an einer anderen beteiligen.

Über das Instrument der *dynaklim*-Roadmap<sup>10</sup>, zugleich das Teilziel „Roadmap 2020 ‚Regionale Klimaadaptation‘ initiieren, gemeinsam erarbeiten und nachhaltig umsetzen“ (R), werden die Arbeitsergebnisse der Plattformen schließlich systematisch und strategisch zu einem Handlungs- und Entwicklungsprogramm für die regionale Klimaanpassung mit konkreten Zielen, Zuständigkeiten, Zeithorizonten und Umsetzungserfordernissen zusammengeführt. In integrierter, disziplinen-, sektor- und aktorsgruppenübergrei-

<sup>10</sup> Die *dynaklim*-Roadmap basiert auf dem Modell der nachhaltigkeitsorientierten integrierten Roadmap für gesellschafts- und entwicklungspolitische Problemstellungen, die vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) entwickelt wurde (vgl. Behrendt 2010).

fender Form werden dabei weitere regionale Entwicklungstrends, Handlungsfelder, Rahmenbedingungen und Entwicklungspfade, die über den eigentlichen Fokus „Wasser“ von *dynaklim* hinausgehen (wie Klimaschutz, demografische Entwicklung), berücksichtigt und sichtbar gemacht und es werden Anpassungsszenarien von übersektoraler Geltungskraft abgeleitet. Diese Anschlussfähigkeit und das Aufnahmepotenzial für weitere Themen verleihen der Roadmap als kooperatives Ergebnis des regionalen *dynaklim*-Akteursnetzwerkes insofern auch einen regionalpolitischen Mehrwert.<sup>11</sup>

### 3 Die Umsetzung von Klimaanpassung in der Emscher-Lippe-Region

Mithilfe von *dynaklim* ist es bereits in der ersten Hälfte der Projektlaufzeit gelungen, die Region für mögliche Klimawandelfolgen zu sensibilisieren und regionalen Stakeholdern die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen zu vermitteln.<sup>12</sup> Auch konnten im Politikfeld Wassermanagement zusätzliche Handlungsräume und Governancestrukturen durch neue Akteurskonstellationen geschaffen werden. Die Umsetzung von Klimaanpassung in der Emscher-Lippe-Region weist indes – stellvertretend für Anpassungsprozesse in anderen räumlichen Kontexten – einige Besonderheiten auf, die nachfolgend kurz skizziert werden:

Die Anpassung der Region an die Auswirkungen des Klimawandels gestaltet sich noch komplexer als angenommen und erfordert einen umfassenden integrativen Ansatz. Im Rahmen der Plattformarbeit wird (immer) deutlich(er), dass eine Vielzahl von Faktoren als Rahmenbedingungen auf das „System Wasser“ und dessen Infrastrukturen einwirken, auf die die klassischen Entscheidungsstrukturen der Wasserwirtschaft selbst keinen oder kaum Einfluss haben.<sup>13</sup> Gleichzeitig besteht eine enge Verknüpfung mit weiteren aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen (z. B. Klimaschutz, Struktur- oder demografischem Wandel). Diese sind für eine zukünftige Anpassungsstrategie von hoher Relevanz und müssen berücksichtigt werden. So stellt ein kommunaler Siedlungsentwässerer fest: „Die Probleme zur Klimaanpassung sind aus Sicht des ‚Wassers‘ nicht lösbar, wenn die Gestaltung des Umfeldes nicht mit betrachtet wird“. Dies schließt beispielsweise eine enge Abstimmung mit der Landschaftsplanung bei der Umsetzung einer „dezentralen Regenwasserabkopplung“ ebenso ein wie die stärkere Betroffenheit einer alternden Gesellschaft, die in zunehmendem Maße in hoch verdichteten (Innen-)Städten lebt, welche sich leicht zu „Hitzeinseln“ entwickeln können.

Unterschiedliche Zeitskalen und Planungshorizonte erschweren ein einheitliches Anpassungsverständnis und die gemeinsame Verständigung auf ein abgestimmtes Vorgehen. Langfristige Auswirkungen („im Jahre 2050“) und Umsetzungszyklen (z. B. Sanierung der Kanalisation) überfordern oftmals das Vorstellungsvermögen heutiger Entscheidungsträger und stehen in Konkurrenz zu geläufigen Zeitintervallen (z. B. Wahlperioden oder betriebswirtschaftliche Planungsrahmen). Dass die genauen Ausprägungen der Klimawandelfolgen in hohem Maße unsicher sind, hemmt darüber hinaus einerseits die Bereitschaft für eine (jetzige) Festlegung auf bestimmte Anpassungsstrategien, birgt andererseits aber auch die Gefahr einer (verfrühten) Ressourcenallokation auf Bereiche, die

---

<sup>11</sup> Weitere Informationen zur *dynaklim*-Roadmap finden sich bei Birke/Hasse/Lieber et al. (2011).

<sup>12</sup> Die Ausführungen in diesem Beitrag stützen sich auf die im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung zu *dynaklim* bis zu diesem Zeitpunkt durchgeführten Erhebungen und gewonnenen Erkenntnisse.

<sup>13</sup> Beispielsweise benötigt die Umsetzung einer dezentralen Regenwasserabkopplung zur Verringerung von Spitzenbelastungen in der Kanalisation nach Starkregenereignissen mehr Flächen, welche sich jedoch häufig nicht im wasserwirtschaftlichen Eigentum befinden. Zusätzlich spielen hier landschaftsplanerische oder -pflegerische Aspekte eine Rolle.

sich mit der Zeit als weniger bedrohlich darstellen als angenommen.<sup>14</sup> Derartige Fehleinschätzungen sind dann potenziell dazu geeignet, in der öffentlichen Wahrnehmung die Glaubwürdigkeit des gesamten Adaptationsvorhabens infrage zu stellen.

Die Analyse von Ansatzpunkten zur Anpassung an Klimawandelfolgen lenkt den Blick oftmals auf Bereiche, die bereits heute durch Missstände oder ein Problemvorhandensein gekennzeichnet sind. Sie beruhen auf Entwicklungen, die in der Vergangenheit – teils wider geltende Planungsgrundsätze – zugelassen wurden und sich nach heutigem Wissen als fehlerhaft oder zumindest suboptimal herausstellen (z. B. Bauvorhaben in ehemaligen Auenbereichen, Flächenversiegelung, Verlust an Grünstrukturen). Erst durch die Überlagerung mit den Auswirkungen des Klimawandels entsteht ein kaum mehr zu vermeidender Handlungsdruck. Der Vertreter einer Unteren Wasserbehörde erkennt demnach: „Der Klimawandel verschärft die [bestehende und bereits problematische] Situation deutlich“. Mit den sich künftig durch den Klimawandel ergebenden Chancen (z. B. Mehrfachernten für die Landwirtschaft) bietet der Handlungsbedarf aber auch das Potenzial, sich nicht nur auf mögliche Folgewirkungen einzustellen, sondern darüber hinaus ursächlich für heutige Probleme verantwortliche Verfahren und Praktiken zu ändern. Ziel wäre demzufolge die Überwindung gängiger Routinen und Denkweisen, um neue (regionale) Entwicklungspfade einzuschlagen.<sup>15</sup> Dieses Anliegen nach gesellschaftlicher Transformation wird insbesondere durch Vertreter der Zivilgesellschaft in den Anpassungsprozess eingespeist. „Wir müssen die Stadt neu denken“ lautet dabei die Aussage eines Stakeholders.

Der im *dynaklim*-Prozess zutage getretene Integrations- und Transformationsbedarf konterkariert den ursprünglichen Projektansatz, sich vor allem an funktional abgegrenzten (Teil-)Räumen zu orientieren. Zwar findet er weiterhin dort seine Berechtigung, wo Anpassung nur geringer Eingriffe in das wasserwirtschaftliche System bedarf und mit verhältnismäßig einfachen (technischen) Mitteln umzusetzen ist (z. B. in Bezug auf die Trinkwassergüte). Die *dynaklim*-Organisationsstruktur ermöglicht es jedoch, eine situativ passende Raum- und Akteurskulisse je nach Bedürfnissen flexibel zu definieren, wobei über die Roadmap die gesamtregionale Strategierichtung gewährleistet bleibt. Indem das Roadmap-Verfahren iterativ und als Lernprozess angelegt ist, sind die kontinuierliche Einspeisung neuen Wissens und zusätzlicher Erfahrungswerte möglich, um Konkretisierungen oder Korrekturen vorzunehmen. Allerdings wird die Roadmap ihre Vorteile im Umgang mit Unsicherheit insbesondere in einem längerfristigen Zeitverlauf ausspielen können. Eine wichtige Voraussetzung ist daher ihr Bestand und ihre Fortführung auch nach Ende des *dynaklim*-Förderzeitraums. Die in der Roadmap enthaltenen Visionen und Zielsetzungen verdeutlichen zudem implizit, dass es beim *dynaklim*-Prozess nicht nur um reine Anpassung an den Status quo geht, sondern dass es sich vielmehr um einen Ansatz aktiver Regionalentwicklung mit einer vielversprechenden Umsetzungsstruktur handelt.

<sup>14</sup> Im *dynaklim*-Arbeitsbereich E4.1 „Lösungen für eine sichere Trinkwasserversorgung“ deuten inzwischen vorliegende erste Ergebnisse darauf hin, dass – anders als zu Projektbeginn angenommen – das Ausmaß gesundheitsrelevanter Beeinträchtigungen im Trinkwasser durch höhere Temperaturen geringer ausfällt (Grobe/Wingender 2011) und sich mit vertretbarem technischem Aufwand lösen lässt. Die hohe Aufmerksamkeit, die diesem Problem von kommunalen Vertretern beigemessen wird, kann somit auf andere und wichtigere Themen gelenkt werden.

<sup>15</sup> Ein Beispiel wäre – hochaktuell – der Energieumbau: Der Umstieg auf dezentrale, regenerative Energiequellen könnte dazu beitragen, Nutzungskonkurrenzen um Flusswasser aufgrund des Kühlungsbedarfs von Großkraftwerken zu minimieren und das Energiesystem durch eine kleinteiligere Struktur resilienter zu gestalten. Die (zunehmend erforderliche) Kühlung von Gebäuden durch alternative Systeme (Wasserkühlung) hingegen trüge zur Einsparung von Energie bei. Beide Ansätze versprechen neben ihrer klimaschonenden und klimaanpassenden Funktion auch positive ökonomische Impulse.

Die Organisations- und Netzwerkstruktur in *dynaklim* weist aber auch einige strukturelle Defizite auf. Dies sind insbesondere:

- Die Akteursbeteiligung erfolgt teilweise sehr selektiv, die Diskursprozesse sind stark sektoral und durch lokale Sichtweisen geprägt. Dies liegt an der hohen Zahl von Teilnehmern, die sich institutionell insbesondere mit Fragestellungen befassen, welche die Ressource „Wasser“ betreffen und dort naturgemäß ihre eigenen Sichtweisen, Interessen und Handlungslogiken einbringen. Somit kann es leicht zu einer Überbewertung der spezifischen Fachbelange kommen, während gleichzeitig wichtige (intersektorale) Zusammenhänge oder regionale Synergien durchaus auch unbeabsichtigt übersehen werden können. Bezeichnend ist die Überzeugung eines Teilnehmers einer Unterarbeitsgruppe der thematischen Plattform Wasser, dass die interdisziplinäre Zusammensetzung der Involvierten in angemessener Weise unterschiedliche Interessen berücksichtige: „In unserem Bereich sind alle relevanten Akteure angesprochen worden“. Dieser Feststellung wird jedoch von dort nicht vertretenen Stakeholdern – teils mit Nachdruck – widersprochen.<sup>16</sup>
- Die Legitimität und Verbindlichkeit möglicher Beschlüsse und Handlungsempfehlungen ist ungeklärt. Da im Rahmen von *dynaklim* (die zur Entscheidungsfindung und Maßnahmenumsetzung erforderlichen) Akteure zur Teilnahme nicht verpflichtet sind, können Ergebnisse auf mangelnde Akzeptanz stoßen oder gegebenenfalls auch nicht umgesetzt werden. Und ein nach Konflikten ausgehandelter Konsens kann möglicherweise nur ein verzerrtes Abbild der Interessenslage widerspiegeln. Dieses typische Problem von Netzwerkansätzen wird auch von den Akteuren selbst hinterfragt, wie eine Plattformteilnehmerin bemerkt: „Für wen stehen eigentlich ‚wir‘?“.
- Der regionale Anpassungsprozess ist abhängig von Rahmenbedingungen übergeordneter Ebenen (z.B. Landesgesetze, Verordnungen) sowie von der Umsetzungsbereitschaft nachgeordneter Ebenen (z.B. den Kommunen), auf die selbst aber kaum Einfluss ausgeübt werden kann. So beklagen kommunale Vertreter immer wieder die mangelnden Umsetzungsmöglichkeiten für Anpassungsmaßnahmen von in der Haushaltssicherung befindlichen Kommunen, da es sich hierbei um keine „Pflichtaufgaben“ handle und Mittelbewilligungen seitens der Bezirksregierungen unterschiedlich restriktiv gehandhabt würden. Ebenfalls problematisch aus Sicht der „Region“ als Handlungsebene ist die Dominanz der großen kreisfreien Städte, die es stärker im Sinne einer regionalen Kooperation einzubinden gilt.

Die Erfahrungen im *dynaklim*-Prozess machen also deutlich, dass über das reine Wassermanagement hinaus weitere Akteure und Strukturen einer umfassenderen Regional Governance erforderlich sind, um adäquat auf die Erfordernisse der Klimaanpassung reagieren zu können und zugleich neue Perspektiven regionaler Entwicklung zu ermöglichen.

---

<sup>16</sup> Beispielsweise wird von Vertretern des Naturschutzes kritisiert, dass bei der Verhandlung von Nutzungskonkurrenzen lediglich eine Orientierung an höchstmöglichen Belastungsgrenzwerten erfolge, nicht jedoch am Optimum aus Sicht der Natur. Diese Sichtweise konnte (bislang) nicht (entsprechend gewichtet) in den Diskursprozess eingebracht werden.

## 4 Potenziale und Grenzen der Regionalplanung in der Klimaanpassung

Viele Arbeitsbereiche und Maßnahmen in *dynaklim* erweisen sich als raumbedeutsam und bedürfen in der Regel einer überörtlichen Abstimmung (z.B. Verbesserung des Stadtklimas, Vorhalten von Infrastrukturleistungen, Lösung von Raumnutzungskonflikten). Darüber hinaus zielt *dynaklim* darauf ab, die regionale Bewältigungsfähigkeit öffentlicher und privater Akteure durch Schaffung eines informellen Netzwerkes zu erhöhen. Die der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung (§ 1 ROG) folgende Regionalplanung erscheint dabei als vielversprechende Institution, die Umsetzung von Klimaanpassung zu unterstützen. Sie hat die Aufgabe, zusammenfassende, überörtliche und fachübergreifende Pläne zu erstellen. Ihr stehen gemäß § 8 ROG formelle Instrumente zur Festlegung von Siedlungs- und Freiraumstruktur, Infrastruktur und unterschiedlichen Gebietstypen zu, die Nutzungen ausschließen oder einen besonderen Vorrang einräumen; diese eignen sich auch für einen Einsatz im Handlungsfeld der Klimaanpassung (Kinder 2010: 25). § 13 ROG regt darüber hinaus die regionale Kooperation und Förderung interkommunaler Zusammenarbeit – explizit auch in Netzwerken – mit öffentlichen und privaten Akteuren an. Die Regionalplanung vermag so mit ihrem speziellen regionalen Wissen und Informationen zu einer klimaangepassten Raumentwicklung beizutragen und „aufbauend auf einer Analyse interdisziplinäre und ausgewogene Lösungsvorschläge für die komplexen planerischen Herausforderungen der heutigen Zeit zu unterbreiten“ (Vallée 2012a: 2).<sup>17</sup>

Vor dem Hintergrund der in Kapitel 3 beschriebenen Erkenntnisse werden für die Regionalplanung folgende Funktionen beschrieben:

- *Integrations- und Koordinierungsfunktion:* Sich wechselseitig beeinflussende oder tangierende Belange unterschiedlicher Politik- und Handlungsfelder werden überfachlich zusammengeführt, Synergien und Zielkonflikte aufgedeckt. Die Regionalplanung ist dabei die „entscheidende Instanz zur frühzeitigen Integration aller raumbedeutsamen Belange“ (Scholich 2008: 476). Sie kann außerdem dazu beitragen, (knappe) öffentliche Finanzmittel durch Abwägung effizient einzusetzen, indem prioritäre Handlungsbereiche für einen effektiven Mitteleinsatz definiert und Kostenvorteile durch Synergien genutzt werden (Greiving 2012: 29 f.). Die Regionalplanung bildet ferner das (unerlässliche) vermittelnde Bindeglied zwischen den für die Legislative oder (Fach-)Aufsicht zuständigen übergeordneten Ebenen und der umsetzungsorientierten lokalen Ebene.
- *Impuls-, Orientierungs- und Entwicklungsfunktion:* Die Regionalplanung sensibilisiert für (neue) Herausforderungen und Potenziale, sie zeigt Entwicklungschancen auf, initiiert regionale Diskurse zur Zukunftsgestaltung und bietet regionalen Akteuren Orientierung für die (meist nur mittel- und langfristig wahrnehmbaren) Vorteile regionaler Kooperation (Fürst 2010: 73).
- *Moderations- und Konsensfunktion:* Regional bedeutsame Verständigungsprozesse können überfachlich und unvoreingenommen moderiert werden. Da aufgrund fehlender Erfahrungswerte die zu treffende Auswahl möglicher Handlungsoptionen mit großer Unsicherheit verbundenen ist, stellen Beschlüsse zugleich auch Wertentscheidungen dar. Sofern derartige Vereinbarungen jedoch weitestgehend kon-

<sup>17</sup> Die hohe Bedeutung der Planung für die Klimaanpassung wird auch im Weißbuch der EU-Kommission zur Anpassung an den Klimawandel (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2009: 5) und der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) (BMU 2009: 43 f.) bekräftigt.

sensual erzielt werden, können sie auch eine normgenerierende (und somit allgemein akzeptierte) Wirkung entfalten (Greiving 2012: 46).

- *Legitimationsfunktion*: Die Regionalplanung sorgt als „Anwalt“ auch für die Berücksichtigung von Interessen, die gegenüber stärkeren marktlichen oder besser organisierten Kräften nicht gleichrangig berücksichtigt würden (Fürst 2010: 74). Sie stellt bei Raumnutzungskonflikten durch neutrale, überfachliche Abwägung Verbindlichkeit her und ermöglicht eine hohe Akzeptanz insbesondere informell getroffener Absprachen durch eine in enger Rückkopplung mit demokratisch legitimierten Instanzen (direkt gewählte oder durch kommunale Vertretungen bestimmte regionale Planungsverbände) erreichte Beschlussfassung.
- *Monitoring- und Warnfunktion*: Durch Nutzung der Instrumente der Raubeobachtung ist eine kontinuierliche Überwachung und Bewertung von Prozessen, Zielvorgaben und Maßnahmen möglich, um flexibel Anpassungen oder Änderungen vorzunehmen. Ermöglicht wird dadurch – im Sinne der Resilienz – auch eine schnelle Reaktion auf (neue) Herausforderungen oder Störeinflüsse.
- *Implementationsfunktion*: Über die Regionalplanung und deren Träger werden durch die Nutzung eigener Strukturen wichtige institutionelle Voraussetzungen für regionale Governance gesetzt und vorgehalten. Die formellen Verfahren und Instrumente der Regionalplanung sorgen für eine hoheitliche Rahmung informeller Kooperationsergebnisse, wobei sie gleichzeitig durch den „Schatten der Hierarchie“ auch Kooperationsanreize setzen, indem für die Kommunen individuell vorteilhaftere Ergebnisse durch informelle (Vor-)Abstimmung zu erzielen sind als durch eine (einseitige, ineffizientere und möglicherweise auf einer geringeren Informationsbasis beruhende) formelle regionalplanerische Abwägung. Durch umfassende Partizipationsprozesse, die auch die (Umsetzungs-)Adressaten von Zielen und Maßnahmen integrieren, können Akzeptanz und Umsetzungsbereitschaft gefördert bzw. realistischer eingeschätzt werden. Auch wird die Realisierung bestimmter sektoraler Programme durch Fachplanungsträger durch vorherige Abstimmung erleichtert, indem Umsetzungshemmnisse bereits in einem frühen Stadium erkannt und mit den Anforderungen anderer Fachplanungen und weiteren Interessen synchronisiert werden können.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muss sich die Regionalplanung jedoch in Ergänzung zu ihrem (klassischen) ordnungsrechtlichen Auftrag zum Manager, Initiator und Prozesssteuerer einer Region wandeln, ihr Aufgabenfeld erweitern und sich stärker prozessual ausrichten (Scholich 2010: 191; Greiving 2012: 46). Sie sollte sich im Sinne „regionaler Führerschaft“ aktiv an regionaler Entwicklung beteiligen und eine regionalstrategische Ausrichtung verfolgen mit der Möglichkeit, Handlungsräume variabler und einzelfallbezogen zu definieren (Fürst 2010: 82 f.). Analog zur Verfahrenspraxis auf Ebene der Europäischen Union wäre zudem eine „Steuerung über strategische Zielvorgaben bei gleichzeitiger Flexibilität der Maßnahmenwahl“ (Greiving 2012: 47) durch Fachplanungsträger oder kommunale Akteure denkbar.

Das Beispiel *dynaklim* zeigt jedoch auch klimaanpassungsrelevante Handlungsbereiche auf, in denen der Regionalplanung Grenzen gesetzt sind. Hierzu zählen Konzepte und Maßnahmen ohne klaren Raumbezug oder solche, die auf zu verändernde Denk- und Verhaltensmuster abstellen (z.B. Bewirtschaftungsstrategien in der Landwirtschaft, höhere Bereitschaft zur Eigenvorsorge, angepasste Finanzierungsmodelle für wasserbezogene Dienstleistungen, Organisationsstruktur der öffentlichen Verwaltung). Zudem schränken die aus § 14 GG (Eigentumsgarantie) resultierende geringe Eingriffstiefe auf

(bauliche) Bestandsstrukturen oder eine bisweilen nicht gegebene Überörtlichkeit ihre Reichweite ein.

Deutlich wird demnach, dass ein Steuerungsansatz benötigt wird, der formell-hierarchische Strukturen und informelle Arrangements zusammenführt. Damit verbunden müssen strategische Partnerschaften gebildet und relevante öffentliche und private Stakeholder sowie die erforderlichen Träger von Umsetzungsaufgaben in einem Netzwerk eingebunden werden. Zudem sind Visionen, Leitbilder und Entwicklungsziele zu formulieren und die Verständigung auf ein Entwicklungs- und Maßnahmenkonzept sollte erreicht werden, das wiederum durch ein permanentes Monitoring begleitet wird. Ein solches Vorgehen stellt im Wesentlichen die Kernelemente des aktuell in Fachkreisen diskutierten Ansatzes einer Strategischen Regionalplanung dar.<sup>18</sup> Diese ähnelt der Verfahrensweise in *dynaklim* sehr stark, wobei im hier vorgestellten Vorhaben auch explizit nicht raumbedeutsame bzw. organisatorische Fragen thematisiert werden. Durch die Kombination beider Ansätze könnten die damit geschaffenen Kooperationsstrukturen und Diskursmodi neben der Bewältigung der durch den Klimawandel erwachsenden Aufgaben nicht nur die Behandlung weiterer planerischer Herausforderungen ermöglichen, sondern auch einen allgemeinen Austausch über Fragestellungen von regionalpolitischer Bedeutung, die über den klassischen Raumbezug hinausgehen.

## 5 Die Gestaltung regionaler (Klima-)Governance in der Emscher-Lippe-Region

Meine These lautet, dass mithilfe der (strategischen) Regionalplanung der durch das *dynaklim*-Vorhaben angestoßene Anpassungsprozess der Emscher-Lippe-Region an die vorrangig wasserbezogenen Auswirkungen des Klimawandels positiv befördert werden könnte. Im Rahmen der bisherigen Projektlaufzeit konnten sehr flexible (Arbeits-)Strukturen geschaffen werden, die kontextangepasste Austauschprozesse ermöglichen. Durch eine enge Anbindung an die Regionalplanung könnte der Anpassungsprozess über den Fokus „Wasser“ hinaus erweitert und in eine umfassendere Regionalentwicklungsstrategie eingebettet werden. Der *dynaklim*-Ansatz könnte dabei als Vorlage für ein zu konzipierendes Regionalmanagement dienen.

Mit Blick auf die regionale Akteurs- und Institutionenlandschaft wäre folgende Vision regionaler (Klima-)Governance vorstellbar:

Der regionale Governance-Prozess wird unter Führung des Regionalverband Ruhr koordiniert und moderiert. Er wäre hierzu besonders geeignet, da er als Kommunalverband die Interessen aller Mitglieder vertritt, als Träger der Regionalplanung darüber hinaus aber dem Allgemeinwohl unter besonderer Berücksichtigung der interdisziplinären Integration verpflichtet ist, eine hohe Neutralität wahren muss und Garant für die Einnahme einer abgestimmten überfachlichen regionalen Perspektive sein kann. Gleichzeitig nimmt er bereits zahlreiche zusätzliche Aufgaben von regionaler Bedeutung wahr. Und nicht zuletzt verfügt er über gute organisatorische (Verwaltungs-)Strukturen.

Regionaler Wissenstransfer und der Austausch zwischen unterschiedlichen Stakeholdern werden themenbezogen und anlassbedingt in thematischen Plattformen ermöglicht. Hierzu könnten die bestehenden *dynaklim*-Plattformen fortgeführt bzw. weiter ausgebaut werden. Der räumliche Bezugsrahmen könnte dabei das Gebiet des Regionalverbands Ruhr, einzelne Teilräume oder auch Teilgebiete, die über die Grenzen des Re-

<sup>18</sup> Vgl. hierzu ausführlich Vallée (2012b).

gionalverband Ruhr hinausgehen, umfassen. Inhaltlich wäre eine funktionale Herangehensweise sinnvoll (z. B. Wasserhaushalt), die aber – wo nötig – Querbezüge und intersektorale Vernetzung ermöglicht. Die verhandelten Themen könnten dabei sowohl von gesamtregionaler als auch nur von inter- oder gar intrakommunaler Relevanz sein. Die Expertise der Regionalplanung könnte durch ihren überfachlichen Blick und die Erfahrung aus formellen Partizipationsverfahren fehlende Teilnehmer vorschlagen, um eine angemessene und ausgewogene Beteiligung relevanter Stakeholder zu gewährleisten.

Über eine kontinuierlich fortgeschriebene Roadmap werden die unterschiedlichen funktionalen Plattformergebnisse gebündelt und untereinander intersektoral abgestimmt. Sie wäre Leitfaden für ein regional abgestimmtes Handeln.

Eine verbindliche Beschlussfassung könnte durch die Verbands- bzw. Regionalversammlung (das „Ruhrparlament“) erfolgen. Raumbedeutsame Aspekte ließen sich im Regionalplan verankern. Darüber hinausgehende Regelungstatbestände, die aber für die Regionalentwicklung ebenfalls von Relevanz sind, könnten in Form politischer Handlungskonzepte, freiwilliger Selbstverpflichtungen durch die Kommunen oder Vereinbarungen mit Privaten verbindlich gemacht werden (Gnest/Priebs 2008: 494). Denkbar wäre auch die kollektive Verabschiedung von Zielvorgaben, die dann von den Kommunen individuell umgesetzt werden (Fürst 2010: 83 f.). Eine höhere Legitimität der Entscheidungen und Bürgernähe könnte zudem erzeugt werden, wenn die Vertreter in der Versammlung nicht von den Kommunen entsandt, sondern direkt vom Volk gewählt werden würden.<sup>19</sup>

Gute Voraussetzungen für die Realisierung eines derartigen Governance-Arrangements liegen insofern vor, als dass der Regionalverband Ruhr „nach frischen Aufgaben [sucht], um das Revier zur Metropole schmieden zu können“ (Korfmann 2012: 4). Aufgrund der neuen Verantwortung für die Regionalplanung soll eine Neuaufstellung des Regionalplans bis zum Jahr 2015 erfolgen, die einen hohen Gestaltungsspielraum zulässt. Der Regionalverband Ruhr selbst führt in diesem Zusammenhang bereits ein vorgeschaltetes informelles Verfahren durch, bei dem explizit strategische Aspekte berücksichtigt werden, nicht-raumbedeutsame jedoch noch weitestgehend ausgeblendet bleiben. Das *dynaklim*-Netzwerk wiederum bietet eine inzwischen bewährte Arbeitsstruktur, bei der sich zwischen vielen Beteiligten hohes Vertrauen herausgebildet hat. Allerdings müsste hier eine Öffnung für Themen erfolgen, die über den Fokus „Wasser“ hinausreichen. Mit der Ausrichtung regionaler Governance auf den Akteur RVR würde zwar eine Verschiebung des Handlungsrahmens auf das Ruhrgebiet erfolgen, wodurch die Erfassung funktionaler Bezüge – wie im Falle von *dynaklim* die Orientierung an Wassereinzugsgebieten – wieder eingeschränkt würde, während gleichzeitig bestehende Verflechtungen des Ruhrgebietes mit seinem Umland ebenfalls ausgeklammert würden. Dieses Problem ließe sich jedoch mit dem Prinzip der „offenen Ränder“, wie es in *dynaklim* praktiziert wird, entschärfen. Die Plattformveranstaltungen brauchen sich aufgrund ihres informellen Charakters nicht an administrativen Grenzen auszurichten und bieten ein niedrigschwelliges Angebot, um mehreren Gebietskulissen zugeordnete Themen zu besprechen und Akteure zu versammeln. Sie gewährleisten auf diese Weise, dass Verflechtungen mit dem Umland berücksichtigt werden können. Eine Verbindlichkeit kann auch dort z. B. über die entsprechenden Regionalplanungsstellen hergestellt werden. Der hier

---

<sup>19</sup> Entsprechende Überlegungen werden immer wieder ins Spiel gebracht. Die Westdeutsche Allgemeine schreibt beispielsweise am 31.05.2012, die Direktorin des Regionalverbands Ruhr zitierend: „Wenn der RVR erst neue Aufgaben habe, dann könne man auch über die Direktwahl des Ruhrparlamentes und der Verbandsspitze durch die Bürger reden“ (Korfmann 2012: 4).

skizzierte Vorschlag käme somit der Forderung entgegen, den Regionalverband Ruhr weiter zu stärken (Greiving 2010: 115) sowie „institutionelle Lösungen zu finden, die zwischen den Städten im und um das Ruhrgebiet herum Arbeitsteilung, Profilbildung und Zusammenarbeit ermöglichen und damit die Steuerung und Koordinierung der ‚Metropolregion‘ Ruhrgebiet deutlich verbessern“ (Bogumil/Heinze/Lehner et al. 2012: 147 f.).

Hemmnisse können hingegen darin bestehen, dass die Bedeutung der regionalen Ebene, der Regionalplanung und ihrer spezifischen Vorteile oftmals (noch) verkannt werden (Scholich 2008: 478), wie sich auch immer wieder in der *dynaklim*-Projektpraxis zeigt. Das mentale Klima im Ruhrgebiet lässt zudem starke Widerstände insbesondere von kommunaler Seite erwarten, die starkem Konkurrenzdenken verhaftet ist und mögliche Macht- und Autonomieverluste fürchtet. Grundsätzlich wären klare politische Signale sowohl der Landes- als auch der kommunalen Ebene nötig, um der regionalen Ebene einen höheren Stellenwert einzuräumen und den Aufbau entsprechend erforderlicher und bislang nicht vorhandener Kapazitäten und Ressourcen zu ermöglichen.

## 6 Fazit und Ausblick

Die Erfahrungen, die im Rahmen der bisherigen Projektlaufzeit von *dynaklim* gemacht worden sind, zeigen auf, dass Klimaanpassung aus sektoraler Sicht und in rein informellen Strukturen nur beschränkt möglich ist. Zwar bildet die Herangehensweise über einen thematisch engeren Fokus einen guten Zugang angesichts der hohen Komplexität des Klimawandels, sie bedarf aber bei weiterer Netzwerkeife einer interdisziplinären Integration, insbesondere auch um mögliche Chancen und Entwicklungsspielräume wahrnehmen zu können. Der Regionalplanung sollte dabei eine zentrale Rolle zukommen: neben der Aufgabe, raumbedeutsame Belange überörtlich zu steuern, kann sie darüber hinaus eine führende Rolle bei Regionalentwicklung und Regionalmanagement einnehmen. Eingebettet in ein Arrangement regionaler Governance können im Zusammenspiel mit weiteren Akteuren und Aufgabenträgern auch – über den Klimawandel und die Raumbedeutsamkeit hinaus – allgemeine Fragen von regionaler Bedeutung thematisiert und moderiert zur Diskussion gestellt sowie umsetzungsorientierte Vereinbarungen getroffen werden.

Die Bildung geeigneter Governance-Strukturen in der Emscher-Lippe-Region bzw. im Ruhrgebiet könnte durch den Regionalverband Ruhr als Kommunalverband und Träger der Regionalplanung sowie durch dessen politisch gewollte Stärkung deutlich begünstigt werden. Die Übernahme der *dynaklim*-Arbeitsweise und -Netzwerkstruktur durch den Regionalverband Ruhr böte dem Netzwerk- und Forschungsprojekt zudem eine Option, auch nach Ende der Projektlaufzeit institutionalisiert nachzuwirken.

Inwiefern dem hier vorgeschlagenen Weg tatsächlich Umsetzungschancen zukommen, bedarf weiterer Konkretisierung und (kritischer) Forschung, vor allem aber einer umfassenden politischen Diskussion und Diskussionsbereitschaft. Er würde aber einen potenziellen Schritt in Richtung einer institutionellen Aufwertung der regionalen Ebene darstellen, welcher angesichts aktueller Herausforderungen, dem Wunsch des Ruhrgebietes nach metropolitaner Bedeutung und einer EU-Politik, die der Region eine zentrale Bewältigungskompetenz zuspricht, nötig erscheint.

## Literatur

- Behrendt, S. (2010): Integriertes Roadmapping. Nachhaltigkeitsorientierung in Innovationsprozessen des Pervasive Computing. Berlin, Heidelberg.
- Birke, M.; Hasse, J.; Lieber, M.; Rauscher, N.; Schwarz, M. (2011): Roadmap 2020. Der Weg zu einer regionalen Anpassungsstrategie.  
[http://dynaklim.ahu.de/dynaklim/dms/templating-kit/themes/dynaklim/pdf/download/Infomaterial/Brosch-ren/Broschuere\\_Roadmap\\_klein/Roadmap%202020%3A%20Der%20Weg%20zu%20einer%20regionalen%20Klimaanpassungsstrategie.pdf](http://dynaklim.ahu.de/dynaklim/dms/templating-kit/themes/dynaklim/pdf/download/Infomaterial/Brosch-ren/Broschuere_Roadmap_klein/Roadmap%202020%3A%20Der%20Weg%20zu%20einer%20regionalen%20Klimaanpassungsstrategie.pdf) (23.07.2012).
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (2009): Dem Klimawandel begegnen. Die Deutsche Anpassungsstrategie. Berlin.
- Bogumil, J.; Heinze, R. G.; Lehner, F.; Strohmeier, K. P. (2012): Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet. Essen.
- dynaklim (2008): Antrag auf Förderung des Netzwerkprojektes dynaklim. Aachen.
- Fürst, D. (2010): Modernisierung der Raumplanung. In: Scholich, D.; Müller, P. (Hrsg.): Planungen für den Raum zwischen Integration und Fragmentierung. Frankfurt am Main, 69-94.
- Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr vom 05.06.2007 (GV. NRW. S. 212).
- GG (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland) vom 23.05.1949, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.07.2012 (BGBl. I S. 1478).
- Gnest, H.; Priebes, A. (2008): Raumplanung in der Zukunft. Anforderungen, künftig bedeutsame Themen und Aufgaben aus Sicht der Praxis. In: Raumforschung und Raumordnung 66 (6), 486-497.
- Grobe, S; Wingender, J. (2011): Mikrobiologische Trinkwasserqualität in der Wasserverteilung bei veränderten Temperaturen aufgrund des Klimawandels. Essen. = *dynaklim*-Kompakt 7.
- Greiving, S. (2010): Regionale Flächennutzungsplanung in Nordrhein-Westfalen – ein geeigneter Regionalisierungsansatz? In: Mielke, B.; Münter, A. (Hrsg.): Neue Regionalisierungsansätze in Nordrhein-Westfalen. Hannover, 104-116. = Arbeitsmaterial der ARL 352.
- Greiving, S. (2012): Die integrierte Betrachtung von Klimawandel und demographischem Wandel als zentrale Herausforderung für die Raumplanung. In: Hill, A.; Prosek, A. (Hrsg.): Metropolis und Region. Aktuelle Herausforderungen für Stadtforschung und Raumplanung. Detmold, 27-49.
- IW Köln (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) (2011): Klimawandel in Regionen. Anpassungsstrategien für sieben Regionen. KLIMZUG-Informationsbroschüre. Köln.
- Kinder, U. (2010): Planung unter veränderten Vorzeichen. In: Scholich, D.; Müller, P. (Hrsg.): Planungen für den Raum zwischen Integration und Fragmentierung. Frankfurt am Main, 11-33.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009): Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen. Weißbuch. Brüssel.
- Korfmann, M. (2012): Das Revier will nicht auf dem Teppich bleiben. In: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 31.05.2012, 4.
- Mielke, B.; Münter, A. (2010): Bestandsaufnahme neuer Regionalisierungsansätze in Nordrhein-Westfalen. In: Mielke, B.; Münter, A. (Hrsg.): Neue Regionalisierungsansätze in Nordrhein-Westfalen. Hannover, 32-59. = Arbeitsmaterial der ARL 352.
- ROG (Raumordnungsgesetz) vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585).
- RVRG (Gesetz über den Regionalverband Ruhr) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 03.02.2004 (GV. NRW. S. 96), geändert durch Art. 6 des Gesetzes v. 16.11.2004 (GV. NRW. S. 644), geändert durch Artikel 15 des Fünften Befristungsgesetzes vom 05.04.2005 (GV. NRW. S. 351), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05.06.2007 (GV. NRW. S. 212), geändert durch Artikel IV des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung – GO-Reformgesetz vom 09.10.2007 (GV. NRW. S. 380), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen vom

24.06.2008 (GV. NRW. S. 514), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16.03.2010 (GV. NRW. S. 212).

Schulich, D. (2008): Die Rolle der Raumplanung in der Gesellschaft. In: Raumforschung und Raumordnung 66 (6), 475-485.

Schulich, D. (2010): Planungen für den Raum zwischen Integration und Fragmentierung. In: Schulich, D.; Müller, P. (Hrsg.): Planungen für den Raum zwischen Integration und Fragmentierung. Frankfurt am Main, 173-193.

Vallée, D. (2012a): Hintergrund und Ziele. In: Vallée, D. (Hrsg.): Strategische Regionalplanung. Hannover, 2-17. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 237.

Vallée, D. (Hrsg.) (2012b): Strategische Regionalplanung. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 237.

## Autor

**Pascal Cormont** (\*1981) hat Raumplanung in Dortmund und Wien studiert. Seit 2009 arbeitet er am Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der Fakultät Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund. Im Projekt *dynaklim* ist er an der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung beteiligt und untersucht mit qualitativen Methoden Folgewirkungen und Wahrnehmungen des Netzwerk- und Forschungsprojekts sowie die ablaufenden Vernetzungsprozesse innerhalb der Emscher-Lippe-Region. Er interessiert sich für Natur, Gefahr, Risiken und Klimawandel aus planerischer Sicht.